

In der Frage der Wiedervereinigung wird von Mitgliedern aus Ortsvereinen und Distrikten in ihren Anträgen zum Parteitag verlangt, Kontakte mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik aufzunehmen. Dies geschah ebenfalls auf den Bezirksparteitagen in Hessen und Köln. Es wird auch erwartet, daß sich der Parteivorstand mit den führenden Funktionären der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammensetzen und beraten möge. Die Mitglieder wünschen eine Politik, die die Bundesrepublik zwingt, mit der Deutschen Demokratischen Republik Kontakt aufzunehmen. Weigere sich die Regierung, so solle der Parteivorstand die erforderlichen Schritte selbst unternehmen.

Stampfer, vor 1933 Chefredakteur des Zentralorgans der SPD „Vorwärts“, schrieb kürzlich in der Zeitung „Koburger Neue Presse“: „Eine Wiedervereinigung läßt sich nicht erreichen, wenn man nicht miteinander redet.“

Dem Willen vieler SPD-Mitglieder und Funktionäre entspricht auch die Erklärung des Parteivorstandes der KPD vom 18. März 1956, in der gesagt wird: „Ohne Verhandlungen zwischen den beiden Staaten ... gibt es keine Wiedervereinigung. Die KPD tritt dafür ein, daß sich die Regierungen der beiden deutschen Staaten vertraglich verpflichten, keine Gewalt gegeneinander anzuwenden und feierlich erklären, die Wiedervereinigung Deutschlands nur mit friedlichen Mitteln anzustreben. Das entspricht dem Verlangen des deutschen Volkes nach Annäherung und Verständigung zwischen der DDR und der Bundesrepublik.“

Bedeutungsvoll ist ebenfalls, daß auf einigen Delegiertenkonferenzen der SPD Anträge eingebracht und angenommen wurden, die die Ausarbeitung eines sozialistischen Programms für die Gestaltung der inneren Struktur eines wiedervereinigten Deutschlands verlangen. „Dabei sollte klar gesagt werden, daß die Partei eine Reprivatisierung der Großindustrie und eine Wiederherstellung des privaten Großgrundbesitzes ablehnt.“ (Köln und Düren.) Diese Entschlüsse bekunden, daß heute viele sozialdemokratischen Mitglie-

der und Funktionäre die Erfolge der DDR anerkennen und begrüßen. Sie fühlen ebenso wie Zehntausende Gewerkschafter: Hier sind die Forderungen erfüllt, für die sie jahrzehntelang unter großen Opfern im Geiste Bebels gekämpft haben.

Die angeführten Stimmen und Entschlüsse entsprechen den Interessen der deutschen Arbeiterklasse. Es sind dies Forderungen, die die SED und die KPD immer wieder stellen. Und sie bestätigen die realen Möglichkeiten eines gemeinsamen Handelns der deutschen Arbeiterklasse! Sie deuten auch auf eine beginnende Bewußtseinsänderung der Arbeiterklasse in Westdeutschland, vor allem bei den SPD-Genossen, hin. Sie sind ein Ausdruck der Bereitschaft der Arbeiterklasse, gemeinsam für Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit in Westdeutschland zu kämpfen. Nutzen wir diese Möglichkeiten der Gemeinsamkeit, um die Aktionseinheit im Kampf gegen die Refaschisierung und den Militarismus zu schmieden! Natürlich gibt es auch noch viele Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten. Doch darüber können sich die Funktionäre und Mitglieder der Arbeiterorganisationen sachlich aussprechen. Die Beratung der Mitglieder des Politbüros unserer Partei mit SPD-Funktionären im April d. J. waren dafür, ebenso wie die gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen in Leipzig, sprechende Beweise.

Eine entscheidende Hilfe für den gemeinsamen Kampf der deutschen Arbeiterklasse leisten die Werktätigen unserer Republik. Sie zeigen den westdeutschen Brüdern: Dort, wo die Arbeiter ihre politische Einheit verwirklicht haben und den Staat führen, ist der friedliche und demokratische Aufbau zum Wohle des Volkes gesichert, da wird das Ziel der Arbeiterklasse, der Sozialismus, verwirklicht. Die neuen Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur innerdeutschen Entspannung, geleitet von dem Streben nach Frieden, nationaler Einheit und Wohlstand, geben erneut der deutschen Arbeiterklasse reale Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns, um die gemeinsame Sache der ganzen deutschen Arbeiterklasse zum Sieg zu führen.

Albert Meister